

Datenschutzinformationen gem. Art. 13 DSGVO zur Nutzung des Online-Dienstes „Grenzfeststellung und Abmarkung beantragen“ des Landesamtes GeoInformation Bremen und des Vermessungs- und Katasteramtes Bremerhaven

Das Landesamt GeoInformation Bremen und das Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven bieten Ihnen mit dem Online-Dienst „Grenzfeststellung und Abmarkung beantragen“ die Möglichkeit, die präzise Feststellung des Grenzverlaufs Ihres Grundstücks und die Kennzeichnung mit Grenzzeichen durch eine:n Vermessungsingenieur:in zu beantragen. In diesem Zusammenhang werden personenbezogene Daten verarbeitet. Nachfolgende Informationen fassen zusammen, wie die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt, insbesondere

- den Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen (wer die Daten verarbeitet),
- die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten,
- die Zwecke der Datenverarbeitung,
- die Rechtsgrundlagen, aufgrund derer die Daten verarbeitet werden,
- die Empfänger der Daten,
- die Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden,
- die Rechte der betroffenen Person.

Verantwortlicher

Verantwortlicher im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO sind
Landesamt GeoInformation Bremen
Lloydstraße 4
28217 Bremen
und
Magistrat der Stadt Bremerhaven
Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven
Fährstraße 20
27568 Bremerhaven

Datenschutzbeauftragter

Der Datenschutzbeauftragte für die Stadtgemeinde Bremen ist zu erreichen unter:

datenschutz nord GmbH
Konsul-Smidt-Straße 88
28217 Bremen
Web: www.datenschutz-nord-gruppe.de
E-Mail: office@datenschutz-nord.de

Der Datenschutzbeauftragte für die Stadtgemeinde Bremerhaven ist zu erreichen unter:

Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r für das Dezernat VI
Baureferat (Referat VI/1)
Technisches Rathaus
Fährstraße 20

Zwecke der Datenverarbeitung

Die Daten werden zum Zwecke der Abwicklung Ihres Auftrags verarbeitet. Das Landesamt GeoInformation Bremen und das Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven bieten Ihnen mit dem vorliegenden Online-Dienst die Möglichkeit, die hierfür erforderlichen Angaben digital zu tätigen und die Flurstücksverschmelzung digital zu beantragen. Hierzu werden die eingegebenen Daten im vorliegenden Online-Dienst erfasst und online an das zuständige Amt weitergeleitet (übermittelt). Je nach Zuständigkeit erhält das Landesamt GeoInformation Bremen oder das Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven erst nach Antragstellung, d.h. nach dem Absenden des Online-Formulars, Zugriff auf die Daten.

Rechtsgrundlagen / verarbeitete Daten

Rechtsgrundlage der Datenerhebung ist Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO. Werden über die erforderlichen Daten hinaus weitere (optionale) Daten erhoben, ist Rechtsgrundlage hierfür die Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO) der betroffenen Person.

Verarbeitet werden folgende personenbezogenen Daten:

- Kontaktdaten des Antragstellers (Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Postleitzahl Ort, ggf. Telefonnummer, ggf. E-Mail-Adresse)
- ggf. Kontaktdaten der vollmachtgebenden Person (Name, Vorname, Straße, Hausnummer, Postleitzahl Ort, ggf. Telefonnummer, ggf. E-Mail-Adresse)

Empfänger der Daten

Empfänger der Daten ist je nach Zuständigkeit das Landesamt GeoInformation Bremen oder das Vermessungs- und Katasteramt Bremerhaven, das die Daten zum Zwecke der Auftragsabwicklung verarbeitet.

Speicherdauer

Die Daten werden nach der Weiterleitung an das zuständige Amt im Online-Dienst gelöscht.

Rechte der betroffenen Person

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt (z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden).

Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt, und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit.

Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e (Datenverarbeitung zur behördlichen Aufgabenerfüllung bzw. zum Schutz des öffentlichen Interesses) verarbeitet, steht der

betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Die Daten werden dann nicht mehr verarbeitet, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Beruhet die Verarbeitung auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO), hat die betroffene Person das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Die betroffene Person hat darüber hinaus gemäß Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden.